

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

273 (24.11.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußfunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbmönl. 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 22 S, auswärts u. Kollektivans 28 S, Reklame 1 M. Annahmeschluss 8 Uhr vorm. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Reiger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Luther verteidigt den Locarno-Vertrag

Berlin, 23. Nov. Die Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung verzögerte sich bis um 11 1/2 Uhr. Präsident Loebe eröffnete die Sitzung mit der offiziellen Mitteilung vom Rücktritt des Reichsjustizministers Frenken. — Als der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort erteilte, rief ein Kommunist: „Der Vertreter des amerikanischen Großkapitals!“ — Eine weitere Störung konnte jedoch

der Reichskanzler

beginnen. Er wies zunächst darauf hin, daß er sich durch das Abgeschick der deutschnationalen Minister vor der Frage gestellt gesehen habe, ob er ebenfalls sein Rücktrittsgesuch einreichen solle. Eine Bejahung dieser Frage würde — so fährt der Kanzler fort —

eine wesentliche Beeinträchtigung der schwebenden Verhandlungen über die Klärung der Röhler Zone und die Rückwirkungen von Locarno

bedeuten. Das Kabinett wird nach Erledigung des Locarno und wendet sich zunächst den Rückwirkungen zu. Diese Rückwirkungen stellen im Verhältnis zum Vertragswerk selbst in keiner Weise Gegenstände dar. Die rheinische Bevölkerung habe es von sich aus in echt vaterländischem Geiste mit Nachdruck abgelehnt, daß irgendwelche Vorteile für sie mit politischen Gesamtinteressen Deutschlands erkauft werden. Der Sinn des Vertragswerkes könne kein anderer sein, als

neue und bessere Grundlagen für die friedliche Weiterentwicklung aller Länder Europas zu schaffen.

Diese Entwicklungsrichtung müsse sich auch bei allen Deutschland auferlegten Beschränkungen ausdrücken, die mit einem modernen Friedenszustand unvereinbar sind. Gerade in dieser Stunde — so erklärte der Kanzler weiter — wo die deutsche Reichsregierung sich mit fester Entschlossenheit zu dem großen Friedenswerk von Locarno bekennt, muß ausgesprochen werden, daß auch vom Standpunkt unserer Vertragspartner durch den Abschluß des Friedenswerkes die Befreiung deutschen Landes ihre innere Begründung verkörpert. Durch den Vertrag von Locarno ist insbesondere die von Frankreich stets geforderte Regelung der Sicherheitsfrage erfolgt. Ungeachtet dessen fällt das deutsche Volk eine fortgesetzte jeitliche Bedrückung und als Ausdruck des Mißtrauens empfunden werden muß. Das deutsche Volk rechnet darauf, daß

auch das französische Volk in der jetzt beginnenden Entwicklung dieser selbstverständlichen deutschen Einstellung Rechnung trägt.

Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß das deutsche Volk durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen Vertrag gegen vertragsmäßige Vorgänge und unzulässige Verhandlungen erfüllt sei, daß es erst dann geneigt sei, zu glauben und zu vertrauen, wenn es Tatsachen sehe. Deshalb das dringende Verlangen, alsbald eine

Wirksamkeit von Rückwirkungen zu erleben. Unabhängig von der Frage der Rückwirkungen sei und bleibe das deutsche Volk die Klärung der Röhler Zone. Das deutsche Volk habe nie begehrt, daß man gegen die, an der Gesamtabklärung gemeinen überleblichen Rechte der Abklärung ein volles Drittel der Besatzung aufrecht erhalten habe. Die Klärungstermine seien nunmehr festgelegt. Im übrigen verweise er auf das in der Entwurfsfrage vorliegende Weisbuch.

Der Kanzler würdigt dann, was tatsächlich inzwischen an Rückwirkungen in Erscheinung getreten ist, und betont, daß hier nur eine durchaus nüchterne Betrachtung der Dinge am Platz sein könne. Der praktische Weg unseres Volkes nach oben werde nur stufenweise vor sich gehen. Ein Rückblick auf das, was in den letzten Jahren geschehen sei, könne uns freilich mit dem stärksten Bewußtsein erfüllen, daß dieser Weg trotz aller Not in seiner Hauptrichtung nach oben führt. Selbstverständlich sei auch bei den bisher vorliegenden Rückwirkungen noch eine nie ermüdende Erzeugungsarbeit zu leisten. Man müsse aber offen aussprechen, daß die bereits getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit

wesentliche Erleichterungen für die besetzten Gebiete bedeuten.

Bei allen diesen Fragen werde der deutsche Rheinland-Kommunist eine besonders große und verantwortungsvolle Arbeit leisten haben. Der Kanzler gibt dann der bestimmten Hoffung Ausdruck, daß auch die Organe der Besatzungsmächte mitwirken werden, das Los der rheinischen Bevölkerung und des gesamten deutschen Volkes nach Möglichkeit zu erleichtern. Die deutsche Regierung erwidert somit, so fährt der Reichskanzler fort, in dem Geschehen und dem in Ausführung bringenden einen Beweis dafür, daß die Rückwirkungen sich vollziehen.

Der Reichskanzler wendet sich dann der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

zu. Mit dieser Frage, so erklärt er, verbinden sich sehr ernste Sorgen, die sich auf die Gesamteinstellung Deutschlands in der neueren Politik beziehen, aber auch gefühlsmäßig bewegt die Frage des Völkerbundes das deutsche Volk besonders tief.

In diesem Widerstreit der Meinungen haben wir nicht nur an den deutschen Interessen festgehalten, sondern es handelt sich um die entscheidende Frage, wie sich Deutschlands welt-politische Lage durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verändern könnte. Es fragt sich, ob Deutschland geführt sein könnte, zu einer Restorientierung unter Abkehr vom Osten. Eine solche Option zwischen West und Ost komme bei Deutschlands gegenwärtiger Lage nicht in Frage. Es steht aber fest, daß im Völkerbund gegen den Willen seines Mitgliedslandes, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, eine für das betreffende Land bindende Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob und gegen welchen Staat der bekannte Artikel 16 angewandt werden soll. (Rufe bei den Volksigen: Und das Durchmarschrecht?) Das gilt auch für das Durchmarschrecht. (Rufe bei den Volksigen: Na, na!) Luther: Aber meine Herren, lesen Sie doch den Artikel 16 (Beifall und Gelächter bei der Mehrheit.) Deutschland will nicht mit verfestigten Vorurteilen in den Völkerbund eintreten, aber es muß eine Berücksichtigung der Verhältnisse erwarten, die sich für Deutschland aus seiner politischen Entwicklung und aus seiner geographischen Lage ergeben. Das müßte vorher festgestellt werden, damit sich Deutschland in geordneten Folge nicht den Vorwurf und damit der Gefahr einer moralischen Isolierung aussetzt. Diese Gefahr wird abgewandt durch die in Locarno vereinbarte Erklärung zum Artikel 16; denn sie stellt fest, daß

Deutschland nun inneweit zu Beteiligung verpflichtet ist, als das mit seiner militärischen und geographischen Lage vereinbar ist.

(Zurufe bei den Volksigen.) Das bezieht sich sowohl auf die wirtschaftlichen wie auf die militärischen Maßnahmen. Das ist nur eine Anwendung der Grundzüge und keine besondere Bestimmung für Deutschland. Das das aber grundsätzlich einmal noch zum Ausdruck gebracht wurde, trägt der besonderen Bedeutung dieser Frage für Deutschland Rechnung. Bei dieser Sachlage stehe ich nicht an, zu erklären, daß bei der jetzt geklärten Auslegung des Artikels 16 sich keine Gefahren für Deutschland ergeben. (Zurufe bei den Volksigen: Weisheitiger Staatsmann!) Deutschland ist seines Sitzes im Völkerbund und im Völkerbundsrat sicher.

Wegen der kolonialen Frage ist

Deutschlands Recht auf koloniale Mandate ausdrücklich anerkannt worden.

Wir erwarten in dieser Beziehung auch ein praktisches Vorgehen.

Was die Arbeitsfrage anlangt, so hat die deutsche Regierung ihren Verhandlungsgegenstand schon vor Beginn der Verhandlungen von Locarno im Standpunkt klargelegt. Sie hat ihr Bestreben an ihrer Haltung auch in Locarno ausgedrückt. (Zurufe rechts: Und Artikel 6?) Dieser Standpunkt in den Verhandlungen wird auch bei Eintritt Deutschlands im Völkerbund nicht die Möglichkeit bedeuten, eine Garantie für die Aufrechterhaltung der bisherigen Linie. Es ist ein unverständlicher Kleinmut, anzunehmen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbunds nicht die Möglichkeit bestände, seine Interessen kräftiger zu fördern als bisher. Das Maß dieser Möglichkeit wird von Deutschland selbständig weiterarbeiten auf dem Wege von Locarno abhängen. Auch die Frage des Anwerbsbeschlusses wird durch den Eintritt einer schnellen Lösung angeführt werden können.

Das Problem der allgemeinen Abrüstung hängt mit Locarno eng zusammen. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung, wie er im Versailler Vertrag festgelegt ist, wird von Deutschland ständig vorwärts getrieben. Die grundsätzliche Zustimmung unserer Verhandlungsgegner dazu kam in Locarno zum Ausdruck. Der britische Außenminister hat in seiner letzten parlamentarischen Rede nochmals dieses Bestreben (Rufe rechts: Theoretisch.) Wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten sein wird, wird dieser Gedanke positive Fortschritte machen. (Zurufe bei den Kommunisten: Die Tatsachen sprechen dagegen.) Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stellt somit keine Schwächung seiner politischen Lage, sondern eine neue Plattform dar. Die Interessen des deutschen Volkes und Volkes erfordern dies. Die Frage des Eintritts in den Völkerbund erhält ihre besondere Note durch die Verbindung mit dem Sicherheitspakt und dem Schiedsvertrag durch die Deutschlands Stellung im Völkerbund wesentlich beeinflusst wird.

In der Kritik des Vertragswerkes von Locarno hat man sich vielfach bemüht, durch verallgemeinernde Bemerkungen die ganze Angelegenheit in eine unrichtige Perspektive zu rücken. Man ist, obwohl ich die Neuerungen des Auslandes mit größter Aufmerksamkeit verfolgt habe, darunter bisher keine Neuerungen von autoritativer Seite bekannt geworden, die mit unserer eigenen Darstellung in irgendeinem sachlichen Widerspruch steht. (Widerpruch rechts.) Mehrere deutschnationale und völkische Abgeordnete schlugen mit der Faust auf den Tisch und rufen: Das waagen Sie zu sagen, unerhört. Das heißt, den Kopf in den Sand stecken.) Luther: Das heißt nur, daß man sich nicht vom geraden Wege abbringen lassen wird, durch die Ablenkung auf Dinge, die mit dem Vertragswerk in keinem Zusammenhang stehen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Beim Abschluß des Westpakt war es die Absicht der deutschen Unterhändler nicht gewesen, den Versailler Vertrag zu ändern. Er bleibt bestehen. (Zurufe rechts: Also auch die Schuldfrage.) Der Westpakt bedeutet aber auch nicht, daß Deutschland erneut ein förmliches und feierliches Bekenntnis zum Versailler Vertrag ablegt. (Widerpruch rechts.) In der deutschen Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen

des Versailler Vertrages wird weder eine moralische politische noch eine rechtliche Einstellung irgend etwas ändern. Die Handhabung des Versailler Vertrages wird aber durch den Westpakt abgeändert.

Das System der Diktate und Ultimaten kann nicht länger gegen uns angewandt werden.

Durch die im Westpakt enthaltene Verbindung des Schiedsgerichtsgebändens ist eine außerordentliche Ertrungenschaft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens erreicht. (Beifall bei der Mehrheit.) Der noch vor einem Jahre sehr harte Gebante eines Sicherheitspaktes gegen Deutschland ist endgültig befristet.

Im Osten haben wir mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsverträge abgeschlossen, die sich im Gegensatz zum Westen nicht an einen Sicherheitspakt anlehnen. Daß Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen hat, im Osten Krieg zu führen, brauche ich nicht zu betonen. Den Frieden sichern heißt vor allem, die friedliche Entwicklung sichern, die Entwicklung aus den Bahnen der Gewalt in die Bahn des Rechts zu lenken. Deutschland fördert seine eigenen Interessen, wenn es diese Entwicklung fördert durch seinen Einfluß auf positiver Mitarbeit im Völkerbund. (Widerpruch rechts.) Es ist ganz falsch, wenn behauptet wird, Deutschland gäbe damit seine Souveränität auf. Der Punkt, in dem unsere geographische Lage zu Bedenken Anlaß gab, war der Artikel 16. Nachdem er geklärt ist, überwiegt das Interesse am Eintritt dem seiner Selbständigkeit. (Zustimmung links.) Durch den Abschluß des russischen Handelsvertrages hat Deutschland den klaren Willen zum Ausdruck gebracht, durch den Vertrag von Locarno keinerlei Trübnisse seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eintreten zu lassen. Dies gilt sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Immer steigenden Maße Nutzen für Deutschland aus der Schaffung eines wahren Friedens in Europa zu erzielen. (Beifall links, Stöhnen bei den Volksigen.)

Nachdem Präsident Loebe noch von einem während der Rede Luthers eingegangenen kommunikativen Mißverständnis vor dem Reichspräsidenten unter Gelächter der Mitte Kenntnis gegeben hat, wird nach 11 Uhr die Weiterberatung auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Die Annahme des „Vertrages von Locarno“ und der Ermächtigung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dürfte mit rund 300 gegen 175 Stimmen erfolgen. Inzwischen

tun die Deutschnationalen so, als wenn sie den Kampf gegen den „Vertrag von Locarno“ mit allen parlamentarischen Mitteln zu führen gedenken. Sie können nicht nur ein Mißtrauensvotum gegen die deutschen Minister an, die bisher ihr volles Vertrauen bekamen und die bis zum 25. Oktober mit ihnen durch Dick und Dünn gingen, sondern gedenken angeblich außerdem noch, einen Obstruktionsantrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu stellen. Das Mißtrauensvotum soll den Zweck haben, die Regierung vor der Unterscheidung des Vertrages zu schützen. Die Deutschnationalen hoffen, daß ihnen Gelegenheit hierzu durch die Sozialdemokratie geboten wird. Ihr zweiter Plan auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes würde Wirklichkeit werden können, wenn ein Drittel des Reichstages sich dafür einsetzt, wenn also die Deutschnationalen und Volksigen wieder einmal die Hilfe der Kommunisten finden. Gelingt das, dann könnten Reichstag und Reichsrat das Gesetz trotzdem für dringlich erklären. Im anderen Falle würde die Rechtskraft des Vertrages um zwei Monate hinausgeschoben und der Reichspräsident hätte dann die Möglichkeit, entweder das Gesetz zu verkünden oder den Volkentscheid herbeizuführen. Es ist aber anzunehmen, daß die Verkündung der Rechtskraft des Gesetzes um zwei Monate nicht eintritt, weil der Reichsrat und Reichstag für den Fall, daß der deutschnationale Plan gelinigt, das Vertragswerk für bindend erklären dürften.

Insmerhin zeigt die Art, wie die Deutschnationalen Opposition zu treiben gedenken, daß es mit ihrem „Ehrgefühl“ gegenüber dem „Ketter“ und ihren Verforschungen, den Reichspräsidenten von Hindenburg als den großen nationalen Mann in jeder Beziehung zu unterstützen, nicht weit her ist. Sie sind jetzt bereits so weit, selbst ihn aus Parteigeizismus zu opfern und den „Führer des Weltkrieges“ mit den gleichen Mitteln zu befehlen, wie das gegenüber dem Reichspräsidenten Ebert geschehen ist.

Der frühere Reichsminister des Innern, Schiele, läßt in der ihm nahestehenden Presse mitteilen, daß der ihm durch den Reichspräsidenten erteilte Urlaub nicht den Sinn hat, sich von der Abstimmung über den „Vertrag von Locarno“ zu drücken. Schiele will, wenn es die Umstände erlauben, bei der Abstimmung im Reichstag anwesend sein und zeigen, daß auch er gegen den Vertrag stimmt. Bei einem deutschnationalen Minister ist es nicht verwunderlich, wenn er im Reichstag genau das Gegenteil von dem tut, was er als Angehöriger des Kabinetts getan hat. Max Herr Schiele aber auch noch so demonstrativ gegen den „Vertrag von Locarno“ stimmen — fest steht jedenfalls, daß er in der Kabinettsitzung vom 22. Oktober dem gleichen Vertragswerk anwesend hat. Er blamiert durch seine Haltung keinen anderen, als sich selbst und die deutschnationale Reaktion.

Wo steht die Partei?

Von Paul Loebe

Reichstagspräsident Genosse Loebe bearbeitet in dem folgenden Artikel den bekannten Beschluß der Reichstagsfraktion über die Ratifikation des Vertrages von Locarno. Es ist selbstverständlich, daß wir jetzt ebenfalls auf den Boden dieses Mehrheitsbeschlusses treten. (D. Red.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Freitagabend einen Antrag Loebe angenommen, der sich für die Zustimmung der Fraktion zum Sicherheitspakt von Locarno und für den Beitritt zum Völkerbund ausspricht. Warum? Der Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Deutschland ist der erste bedeutende Schritt zur Auslösung der beiden großen mittleuropäischen Nationen, die sich in jahrhundertelangen Kämpfen unerbittlich gegeneinander geschlagen haben. Der Beitritt zum Völkerbund ist unsere Forderung seit jehem Bestehen. Beides liegt in der Linie jener Außenpolitik, welche die Sozialdemokratische Partei sechs Jahre lang unter Angriffen und Verdächtigungen verfolgt hat und die jetzt von den meisten unserer früheren Gegner selbst vertreten werden muß — bis zu Luther und Hindenburg. Ich habe bereits vor einem Jahre in einem offenen Brief den Außenminister Stresemann aufgefordert: Haben Sie endlich Mut, treten Sie dem Völkerbunde bei! Soll ich jetzt diesen von mir selbst empfohlenen Schritt zu Fall bringen? Wir haben auf dem Internationalen Kongreß in Marseille den Pakt von Locarno als eine wichtige Abschlussschrittung auf dem Wege unserer Friedenspolitik bezeichnet. Ich habe bei den Anschließungsdebatten in Wien, auf dem Friedenskongreß in Paris, in zahlreichen Reden in Amerika für den Versöhnungspakt zwischen Deutschland und Frankreich mich mit aller Kraft eingesetzt. Soll ich ihn jetzt bei der parlamentarischen Abstimmung ablehnen? Wir haben die englische Arbeiterpartei ebenfalls für den Vertrag gewonnen. Ebenso treten die Genossen in Frankreich für ihn ein, und wir sollten ihn zerstückeln?

Wir zerstückeln ihn nicht, wir schieben ihn nur hinaus, sagen die Anhänger einer anderen Politik. Schon einmal hat die deutsche Politik eine historische Stunde verpaßt, damals, als Herriot und Macdonald in Genf mit großer Gehe die Einladung zum Völkerbund ausgesprochen, die anzunehmen Stresemann nicht den Mut hatte. Eine gleiche Stunde ist nicht wiedergekehrt und wer weiß, ob sie so überhaupt wiederkehrt. Wissen wir, wie sich die Situation nach der großen Enttäuschung gestalten kann, die wir der Welt bereiten würden?

Fünf Hauptmächte Europas warten heute auf den Augenblick der Signierung. Die Ministerpräsidenten dieser Länder treten am 1. Dezember in London zusammen. Ganz Europa, nein, die ganze politische Welt ist mit gespanntem Interesse dieser Eröffnung einer neuen Epoche der internationalen Politik entgegen. Sollen diese Unterhändler unvorbereitet heimkehren? Am 23. oder 29. November der Deutsche Reichstag durch Schuld der Sozialdemokraten die Unterzeichnung unmöglich macht? Wird nicht in der ganzen Welt der Eindruck hervorgerufen werden: Wieder Deutschland, das einen Friedenspakt zerstückelt! Werden nicht alle Gegner einer Versöhnungspolitik in den anderen Staaten triumphierend auf unser Land zeigen und sagen: eine neue Schuld hat Deutschland auf seine Schultern gewälzt, wenn wir die historische Handlung zunächst unmöglich machen, zunächst vereiteln. Es ist politisch unmöglich, diese Verantwortung zu tragen. Das gleiche gilt in wirtschaftlicher Beziehung.

Keiner, der das Ausland mit offenen Augen beobachtet, kann bezweifeln, daß eine neue Erschütterung der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands folgen muß, wenn der Pakt in Frage gestellt wird. Wenn z. B. auch nur von ferne in Amerika der Glaube Fuß fassen kann, daß neue Zerwürfnisse in Europa möglich sind, muß die Hilfe an Krediten zunächst versiegen, noch größere Stilllegungen müssen folgen. Dann muß auch in Europa eine noch stärkere Absperrung der Nationen mit ihrem Markte eintreten, also das Gegenteil dessen, was wir zur Entlastung brauchen. Die Ablehnung von Locarno bedeutet also noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Not. Ich möchte aber nicht die Verantwortung für einen einzigen Arbeitslosen übernehmen, der einer falschen Außenpolitik der Sozialdemokratie sein Schicksal zuschreiben müßte.

Was nicht uns die schönste Koalition, der fruchtbarste Wahlsieg, wenn das neu erschlitterte Wirtschaftsleben unsere Hände bindet, alle sozialen Hilfsmittel erschwert oder unmöglich macht. Laßt uns doch das Eine nicht vergessen: der Krieg ist es, der uns heruntergebracht hat. Nur der Friede, nur der gesicherte Wohlstand, keine Hoffnung auf Emporstiegen, kein Sozialismus ist in Europa ohne die feste Gewißheit des Friedens möglich. Alle unsere Arbeit ist auf dieses Fundament gestellt. Es ist die Vorbedingung, ohne die wir Hinz und Hand vergeblich anstrengen. Also: Locarno erfüllt zum erheblichen Teil unsere eigenen außenpolitischen Forderungen. Locarno bedeutet die Milderung der bevorstehenden wirtschaftlichen Not. Locarno ist die Parole der Arbeiterpartei aller anderen besitzenden Länder. Die deutsche Arbeiterpartei darf es aus innerpolitischen, tatsächlichen Gründen nicht geschehen.

Die Wahrnehmung der Geschäfte der zurückgetretenen Reichsminister

Berlin, 23. Nov. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichsanwalters Dr. Luther den Reichsanwalt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und den Reichsminister Dr. Baumbach mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.

Aus dem Reichstag

Die Deutschnationalen lehnen endgültig ab Berlin, 24. Nov. (Eigener Funddienst.) Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Montagabend einstimmig den endgültigen Beschluß abgelehnt, das Vertragswerk von Locarno abzulehnen und ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

Die Aussprache

Berlin, 24. Nov. (Eigener Funddienst.) Die Redner in der großen politischen Aussprache über Locarno werden sein: Weis (Sozialdemokratie), Graf Westarp (Deutschnationale), Fehrenbach (Zentrum), Scholz (Deutsche Volkspartei), Clara Zetkin (Kommunisten), Koch (Demokraten), Dr. Fiedt (Wirtschaftliche Vereinigung), Graf Reventlow (Wirtschaftliche), Graf Berchthold (Bayerische Volkspartei).

Der Ausschluß der kommunistischen Reichstagsabgeordneten dürfte voraussichtlich schon am kommenden Dienstag oder Mittwoch durch eine Veränderung der Geschäftsordnung des Reichstags seine Erledigung finden. Die Fraktionen wollen einen gemeinsamen Antrag einbringen, der bestimmt, daß ausgeschlossene Abgeordnete nach Ablauf von 3 Monaten wieder zugelassen werden sollen, selbst wenn in dieser Zeit keine Beratungen stattgefunden haben, auf die sich der Ausweisungsbefehl bezieht.

Vorbereitungen zum Eintritt in den Völkerbund

Berlin, 23. Nov. (Eig. Bericht.) Die Reichsregierung trifft bereits ihre Vorbereitungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Man darf annehmen, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages von Locarno im Januar eine außerordentliche Völkerbundversammlung den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschließt. Es ist selbstverständlich, daß bis dahin auch die Personfrage für die deutsche Vertretung geklärt sein muß. Die Reichsregierung ist infolgedessen mit den verschiedenen diplomatischen Persönlichkeiten in Verbindung getreten und zwar wird, wie der SPD erfuhr, unter den Diplomaten, die als Vertreter beim Völkerbund vom Auswärtigen Amt vorgeschlagen sind, der frühere Staatssekretär Kühlmann genannt. Es ist notwendig, gegen die Entsendung v. Kühlmann nach Genf scharfen Einspruch zu erheben. Kühlmann genießt in Deutschland bei den Anhängern einer ehrlichen Verständigung kein Vertrauen. Kühlmann muß auch als einer der Hauptschuldigen an dem Scheitern der seinerzeitigen einjährigen Friedensaktion gelten. Für das verantwortungsvolle Amt der deutschen Vertretung in Genf ist er jedenfalls unmöglich.

Regierungskrise in Frankreich

Paris, 23. Nov. Der Präsident der Republik hat Briand die Kabinettsbildung angeboten. Er empfing ihn bereits um 4.30 Uhr nachmittags. Beim Verlassen des Elysees um 5 Uhr 50 erklärte Briand: Der Präsident ließ mich zuhause, um wie mit vielen anderen Persönlichkeiten, mit mir sich über die Lage auszusprechen. Er hat mich, ihm meinen Beifall zu leisten bei der Lösung dieser Krise. Ich antwortete, daß ich es für meine Pflicht halte, ihm diese Hilfe zu gewähren.

Paris, 24. Nov. (Eigener Funddienst.) Der mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Außenminister Briand hat im Laufe des Montagabend mit Politikern verschiedener Parteien Besprechungen abgehalten, darunter auch mit dem Genossen Paul Boncour. Zu einem Ergebnis ist er noch nicht gekommen und er hat den von ihm angekündigten Bericht an den Präsidenten Doumergue noch nicht erstattet. Die Entscheidung der Sozialisten ist noch immer zweifelhaft. Weder die Anhänger noch die Gegner der Beteiligung an der Regierung vermöchten sich über die vorläufige Stellungnahme der Fraktion zu äußern, die bisher nur zum Teil in Paris anwesend ist. Die Entscheidung hängt im übrigen wesentlich davon ab, wie die weiteren Verhandlungen Briands ablaufen.

Eröffnung des memelländischen Landtages

Memel, 23. Nov. Heute vormittag trat der erste memelländische Landtag zusammen. Zum Präsidenten des Landtages wurde Handelskammerpräsident Kraus (memelländische Volkspartei) gewählt, der darauf in einer Erklärung betonte, daß die Memelländer immer bereit sein würden, an dem Auf- und Ausbau des litauischen Staates mitzuarbeiten. Sie rechneten bestimmt damit, daß die Autonomie lokal durchgeführt werde. — Abg. Gubba (Landwirt) verlas sodann eine Entschließung, in der Protest dagegen erhoben wird, daß der Gouverneur des zurückgetretenen Landesdirektoriums mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt werde. Damit war die Sitzung beendet. Nächste Sitzung morgen, Dienstag.

Die Eisenbahnkatastrophe von Bellinzona vor Gericht

Genf, 23. Nov. Am Montag vormittag begann in Bellinzona der Prozeß zur Klärung der Schuld an dem schweren Eisenbahnunglück im Frühjahr des vergangenen Jahres, bei dem zwei Schnellzüge zusammengefahren sind und alles in Flammen aufging. Unter den zahlreichen Todesopfern stand sich auch der Führer der Deutschnationalen Dr. Helfferich mit seiner Mutter. Den Vorsitz führt Appellationsrichter Gappari Gatti; ihm zur Seite sitzen vier Richter aus Bellinzona. Die Verteidigung steht in den Händen der Fürsprecher Ratonalrat Angelo Tharchini, Silvio Molo, Francesco Bortolo und Anbaldo Bella. Die Anklage vertritt Sebastiano Martinoli. Die Bundesbahnen sind vertreten durch die Fürsprecher Attilio Janoffo und Ständerat Antonio Riva. Vertreter der Familien Mendi und Siegfried Wertheim, amtierender Ober der Katastrophe, sind gleichfalls vertreten. Der Fürsprecher Janoffo reichte namens der Bundesbahnen ein neues Gutachten ein, das vom dem Sachverständigen Leibbrand von den deutschen Reichsbahnen angefertigt wurde. Bei Beginn der Verhandlung erklärte der Verteidiger Silvio Molo, daß die Verteidigung dagegen auftritt, daß die Bundesbahnen sich als Zivilpartei stellen. — Dann wurde die Sitzung abgebrochen und ein Termin am Ort der Katastrophe am nachmittags angesetzt.

Mordprozeß Boldt

Schwerin, 23. Nov. (Eig. Meldung.) In Schwerin hat der Prozeß gegen den bekannten Boldt wegen Ermordung des Erhard Beuer begonnen. Der Angeklagte hat im Dezember 1923 in einem kleinen Dorfe Mecklenburgs den Feldwebel Beuer erschossen. Boldt soll den Einbruch erzwungen haben, daß er im Auftrag der Abteilung I a des Berliner Polizeipräsidiums nach Mecklenburg geschickt worden sei. Der Staatsanwalt beantragte bereits nach Verlesung der Anklageschrift die Deckung der Angeklagten wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ auszuschießen. Die Verteidigung schloß sich diesem Antrag an. Zugelassen sind lediglich Vertreter der medizinischen Beratung und ein Beamter der Reichswehr.

Englischer Besuch im Ruhrgebiet

Gelsenkirchen, 21. Nov. (Eig. Bericht.) Eine Kommission von englischen Bergbauern und aus dem Bergbauingenieurwesen und Vertretern der Gewerkschaften traf Ende der vergangenen Woche im Ruhrgebiet ein. Die Kommission steht unter der Leitung des ehemaligen Leiters der Verwaltung für den Bergbau, des Sekretärs der Bergarbeiter-Internationale, Ueber den Zweck des Besuchs der Kommission erklärte Frank Dobson, daß die Vertreter des englischen Bergbaues die allgemeinen Bedingungen der Ruhrkohlenproduktion und zwar die technischen Voraussetzungen sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu studieren beabsichtigen. Die Kommission soll ihre Eindrücke der von der britischen Regierung ernannten Kohlenkommission vorlegen. Insbesondere ist beachtenswert, die Angaben der Unterehrentreter in der Ruhrkohlenkommission über die Bedingungen des deutschen Bergbaues nachzurufen. Am Dienstag nachmittags soll in Bochum eine Besprechung Dobson mit den Vertretern des Bergarbeiter-Berbandes stattfinden.

60. Geburtstag Adolf Damaschtes des Führers der deutschen Bodenreformer

Am 24. November begeht Adolf Damaschke seinen 60. Geburtstag. Als Bundesrat der deutschen Bodenreformer, deren Vorsitzender Damaschke ist, ist dieser Tage zu einer gewissen Ruhe gelangt in Berlin ansehend. Damaschkes Lebenswerk ist bearbeitet in diesem Band und der aus diesem hervorgegangenen erfolgreichen sozialen Arbeit. In hunderttausenden von Exemplaren sind seine Bücher, Broschüren und Schriften verbreitet, am meisten seine „Bodenreform“ und „Aufgaben der Gemeindefürsorge“. Leidenschaftlicher Glaube an jenes Volk's Aufstieg ist bei ihm mit der Erkenntnis, volkswirtschaftlicher Wirtschaftlichkeit.

Das die Grundlage alles sozialen Aufstieges in der Gründung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse liegt, lernte er schon als Kind in der engen Hinterauswohnung seines Vaters, eines Berliner Tischlermeisters kennen. Damaschke wurde Lehrer und schließlich erwarb er, wie wirtschaftliches Elend, Wohnungsnot, Alkoholismus die Samen der sozialen Revolution. In der Presse kämpfte er für die gefährdete Gebiete. Mit führenden Männern auf sozialem Gebiet trat er so in enge Verbindung. 1896 gab er seinen Beitritt zur auf „Als Schriftleiter der „Kleiner Neuesten Nachrichten“ wollte er sich ganz der Bodenreformbewegung widmen, die er als grundlegend zur Überwindung der sozialen Not ansah. Er prägte das klare Programm:

Der Bund deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz unter dem Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk und Wohnstätte gebietet, das seinen Mißbrauch als Mißbrauch ausschließt und das die Verteilung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, dem Volksganzen nutzbar macht.“ Artikel 155 der Reichsverfassung, in dem Programm der großen Parteien, in Gesetzen und Verordnungen haben diese Gedanken ihren Niederschlag gefunden. Sie waren auch entscheidend in Kautskys und Deutscher Afrika. Beiseite ließ er sein Wort von den Kriegsermittlungen, und in seinem Sinne hat nach dem Kriege hunderttausende von Heimstätten in Stadt und Land entstanden. In schweren Kämpfen hat es nicht gefehlt, aber auch nicht an Anerkennung. Die Universität Münster ernannte Damaschke zum Ehren doktor der Rechte. Staatsmänner, Kirchenfürsten, Geistesgrößen, Wirtschaftsverbände haben sich für seine Gedanken eingesetzt. Von den vielen Zeugnissen für sein Werk, sei nur das unsere jetzigen Reichspräsidenten aus dem Jahre 1917 erwähnt, was nach es sich hier um ein Werk von großer sozialer Tragweite handelt.

Von den Wirtschaftskämpfen

Stillelegungen im Bergwerksgebiet Aus allen Bergwerksgebieten an Ruhr und Elbe häufen sich die Nachrichten über geplante Stillelegungen von Gruben. Die Stillelegungen der Zeche „Masse“ liegt unmittelbar bevor. Von ihr werden etwa 2400 Arbeiter und viele Beamte betroffen. Die Zeche „Werne“ hat bereits am vergangenen Mittwoch über 1300 Beamte gekündigt, die zum 31. Dezember auf Entlassung kommen. Mehr als ungewiss sind auch die Stillelegungen über die Zeche „de Wendel“. Es ist jedoch noch unbestimmt, wann sie stillgelegt werden soll. Schlimm sind die Verhältnisse auch den Gruben im Bezirk Buer-Glabbe. Einige Gruben fürstern dort die letzten Grublichte. Einige Grublichte, wie „Müller“ und „Reinhold“, haben bereits ihre ganze Belegschaft auf eine Schicht konzentriert. An den maßgebenden Stellen sind bereits weitere einschneidende Maßnahmen geplant, die für das Wirtschaftsleben der betroffenen Orte einen gewaltigen Einfluß haben dürften. So sollen auf der Zeche „Bergmannshütte“ etwa 1500 Mann zur Entlassung kommen.

Auf der Bombardierhütte sind eine Anzahl von Beamtenkündigungen zum 1. Januar 1926 erfolgt. Wie verlautet, sind weitere Betriebskürzungen beabsichtigt.

Wismar-Weidert, 23. Nov. Die Rheinisch-Westfälische Kohlenbergbau AG hat am 15. Dezember stillgelegt mit, daß die Zeche Stuttgart 25 am 15. Dezember stillgelegt wird, wodurch 500 Arbeiter und Angestellte auf Entlassung kommen. Die Gesellschaft wird zum gleichen Zeitpunkt bei der Zeche Braßeri eine Fördererhöhung in Höhe von 350 Tonnen täglich vornehmen, durch die die Entlassung von etwa 350 Mann erforderlich ist. Entsprechende Anträge sind beim Demobilisationskommissar gestellt. — Auf der Zeche Wismarberg derselben Gesellschaft wird am 15. Januar die Förderung von 700 Tonnen arbeitsfähig eingeschränkt werden.

Beendigung im Lohnkampf in der chemischen Industrie

München, 23. Nov. In der chemischen Industrie in Bayern ist ein Schiedsspruch des Landesrichters für Bayern des Oberregierungsrates Dr. Fuhs von sämtlichen in Frage stehenden Parteien angenommen worden. Hiermit sind die Streiks und Aussperrungen beendet und der Wirtschaftserfolg in dieser wichtigen bayerischen Industrie für längere Zeit gesichert.

Die Flucht der Demokraten

Ansichts der neuen Schwierigkeiten, die sich der Regierungsbildung in Baden entgegenstellen, darf wohl festgestellt werden, daß über der endlichen Regelung dieser Frage wirklich kein guter Stern waltet. Es ist ein wahres Verhängnis, von dem das badische politische Geschehnis in diesen Wochen verfolgt wird. Am Donnerstag dieser Woche ist bereits ein Monat seit den Landtagswahlen verstrichen. Der Ausfall dieser Wahlen ließ doch wirklich nicht auf Schwierigkeiten schließen, die sich der inneren Politik unseres Heimatlandes entgegenstellen könnten. Denn das Resultat der Wahlen war doch ein eindeutiges Bekenntnis des über-überwiegenden Teils der badischen Bevölkerung zu der in den verflochten 4 und 7 Jahren verstrichenen Regierungspolitik; 70 Prozent des badischen Volkes bekennen sich zur Weimarer Koalition, traten für die Parole ein, unter der der Wahlkampf geführt wurde. Es hätte also angenommen werden dürfen, daß entsprechend diesem eindeutigen Wahlergebnis die Regierungsbildung rasch, glatt und reibungslos vonstatten gehen würde.

Die Sozialdemokratie vertrat vom ersten Augenblick an, da die Zusammenkunft des neuen Landtags bekannt wurde, die Auffassung, daß entsprechend dem Willen der Wählererschaft die bisherige erprobte Weimarer Koalition die auch für die nächsten vier Jahre gegebene Trägerin der Staatsgewalt in Baden zu sein habe. Sie ist auch bis heute noch nicht von dieser Auffassung abgewichen. Hätten sich die beiden anderen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokratie, dieser Auffassung angeschlossen, die badische Regierungsbildung wäre längst gelöst, der Regierungsapparat würde längst schon wieder in aktiver Weise funktionieren.

Die eine der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien glaubte das Experiment der Heranziehung einer dritten bürgerlichen Partei zu den Regierungsgeschäften machen zu müssen. Das Zentrum versuchte die Deutsche Volkspartei mit in die Regierung hereinzuwickeln. Der Versuch scheiterte. Beide Parteien schrieben sich nun gegenseitig die Schuld am Scheitern der Großen Koalition zu. Wer schuld ist, ist für uns von minderer Interesse. Fest steht auf alle Fälle, daß sofort nach den Wahlen und in den ersten Stadien der Verhandlungen die Herrschaften der Deutschen Volkspartei mit allen Bösen ihrer Herzen, mit allen Schmähreden, nach den Regierungsgeschäften drängten. Für jenen Zeitpunkt dürfte also auf jeden Fall nicht stimmen, wenn der „Badische Beobachter“ meinte, der Deutschen Volkspartei sei es mit den Verhandlungen nicht ernst gewesen. Doch, wir glauben, den Herren war es sogar sehr ernst. Erst als sie sahen, daß ihre weitestgehenden Wünsche und Ziele nicht erfüllt wurden, prophezeiten sie den Bruch. Es war der „Badische Beobachter“ bei dem Anstoß ihres Scheiterns und Spähergeschäfts gleich am ersten Tage nach der Wahl sicher ernst. Der Bruch wurde erst am Ende der letzten Woche von der Deutschen Volkspartei gemeldet herbeigeführt. Jetzt hat nun allerdings der „Badische Beobachter“ recht, wenn er feststellt, daß man „an maßgebender Stelle der Deutschen Volkspartei den Bruch gewollt“ habe. Warum und weshalb, sei hier ununtersucht. Das Verhalten der Staatsregierung beim Hindenburg-Empfang war natürlich nur ein äußerer Vorwand. Leicht wird es den zahllosen Anhängern der Deutschen Volkspartei auf Regierungsstellen nicht geworden sein, nun entlassen zu müssen.

Ansichts dieser anfänglichen nationalliberalen geradezu hitzigen Bereitschaft, die nun doch schon einige Jahre anhielt, ist es schon der Gipfel der Unerschämtheit, wenn das Mannheimer Blatt dieser Deutschen Volkspartei, die „Neue Mannheimer Zeitung“ in scharflicher Verärgerung über den erfolgten Bruch sich erdreistet, die Weimarer Koalition in Baden als „staatsliche Stellenbesetzungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ zu beschreiben. Ausgerechnet schreibt das ein Blatt der Partei, die, trotzdem sie nur über 7 Sitze im Landesparlament verfügt, ihren Eintritt in die „Große Koalition“ von der Überlassung eines Ministerpostens abhängig machte; ausgerechnet schreibt dies ein Blatt der Partei, von der man weiß, daß nicht nur ihre 7 Landtagsabgeordneten, sondern auch noch ein paar Dutzend weiterer Parteigänger außerhalb des Landtags sich als Kandidaten auf Regierungsstellen bereit halten, die es ebenfalls gar nicht abwarten können, bis sie endlich in die „Stellenbesetzungsgesellschaft“ aufgenommen werden; ausgerechnet schreibt dies ein Blatt der Partei, unter deren 7 Parteimitgliedern eines von solch heftigen Drang nach einem Minister- oder sonstigen hohen Regierungsposten befeelt ist, daß es, wie im Landtag erzählt wurde, der Frau M a m a nicht auf 50 000 M ankommen wäre, wenn der Herr Sohn nur in die Regierungsregionen hinaufsteigen dürfte! Das Blatt dieser Deutschen Volkspartei hat also wirklich allen Anlaß, an deren staatliche „Stellenbesetzungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ vorzumerken.

Nach dem Scheitern der Großen Koalition schien nun endlich die Bahn frei zur Weiterarbeit auf dem Boden der Weimarer Koalition; kein Hindernis schien mehr vorhanden. Die drei Koalitionsparteien nahmen denn auch am Samstag unverzüglich die Verhandlungen auf; es durfte angenommen werden, daß sie zu einem guten Ergebnis führen würden. Es gab eine nicht geringe Ueberraschung am Montag vormittag im badischen Lande, als die Kunde kam, daß nun die Demokraten nicht mitmachen wollten und in einem kurzen und bündigen Entschluß mitteilten, daß sie eine „Fortsetzung der Verhandlungen über die Erneuerung der bisherigen Koalition für unavieslos“ erachteten. Dieser brutale Abbruch der Verhandlungen übertrifft beinahe noch das Verhalten der Deutschen Volkspartei, die wenigstens noch einige tadelscheinige Ausreden auf Lagere hatte. Gründe für ihr Verhalten teilten die Demokraten nicht mit. Eine Korrespondenz behauptet, von aut

unterrichteter Seite erfahren zu haben, daß der Schritt der Demokraten in keinem Zusammenhang mit dem Scheitern der Großen Koalition und der Haltung der Deutschen Volkspartei stehe. Die Stellungnahme der Demokraten sei allein auf die Verhandlungen zurückzuführen, die unter den drei Koalitionsparteien über die neue Regierungsbildung geflossen wurden. Sollte dies wirklich der Fall sein, dann wäre die Haltung der Demokraten absolut unverständlich, wir müßten den Schritt als höchst töricht bezeichnen. Wenn es sich nur um Meinungsverschiedenheiten innerhalb der drei Koalitionsparteien handelt, wirkt man die Türe nicht derart heftig zu, wie es die Demokraten am Sonntag getan haben. Wir sind überzeugt, daß auch in weitesten Kreisen der demokratischen Anhängererschaft im Lande jeder Schritt der Landtagsaktion und der demokratischen Parteileitung nicht gebilligt und nicht verstanden wird.

Dieses schroffe Vorgehen der Demokraten hat natürlich ein Weiterverhandeln auf dem Boden der Weimarer Koalition unmöglich gemacht, von den beiden Koalitionsparteien Zentrum und Sozialdemokraten dürfte niemand irgend welche Luft verspüren, nach dieser barbaren Kundgebung der Demokraten die trügerische Weise seriösen Verhandlungsfäden wieder aufzunehmen.

Wir möchten aber doch annehmen, daß die Demokraten den Bruch nicht mutwilligerweise und geschäft herbeigeführt haben. Vermuten könnte man allerdings auch dieses, wenn man in einem demokratischen Blatte, dem „Heidelberger Tagblatt“, lesen muß, man habe diese jenen Weimarer Koalition in den letzten Jahren in Baden nie als eine Koalition angesehen; „daneben — wörtlich! — einmal uns das bittere Wort vom unmittelsamen Verhältnis zu eigen gemacht!“ Diese Auffassung des Heidelberger demokratischen Blattes dürfte wohl und hoffentlich die Auffassung der maßgebenden demokratischen Persönlichkeiten nicht ist. Jenes Blatt ist ja von jeher schon als besonders wichtig zu bezeichnen; diese Sucht, als etwas besonderes zu erscheinen, gelegentlich sich in solchen politischen Semaphoren zu probieren, hält das Heidelberger Demokratienblatt als eine seiner besten Methoden, um nicht vertrieben und unbeachtet gelassen zu werden!

Die „Badische Presse“, der die Wendung der Dinge am letzten Samstag für drei Nummern die Sprache verschlagen hatte, hat nun endlich auf die Entschließung der Demokraten hin wieder Luft bekommen. Sie wittert ein neues Späher- und Spähergeschäft und bezeichnet deshalb den Beschluß der Demokraten als „anerkennenswert“ und „zu begrüßen“. Wir denken, das Lob von dieser Seite ist die beste Kritik an dem Verhalten der Demokraten. Die Anerkennung der volksparteilichen Presse wird den Demokraten der beste Beweis sein, daß sie eine fatale Dummheit gemacht haben. Der Gruß von jener Seite ist das beste Mittel zur Rückkehr zur Besonnenheit und zur Vernunft.

Aber die Demokraten haben nun einmal gesprochen und beschlossen! Die Türe ist auf Uebbrig bleiben nur noch zwei Parteien: das Zentrum, die Sozialdemokraten. Wir denken, Zeit ist nun genug ummüht beim Warten. Es muß endlich mal Schluss mit der Krise gemacht werden. Wollen die Demokraten nicht auf, dann muß es eben ohne die Demokraten gehen. Zentrum und Sozialdemokratie verfügen im Landtag über 44 Stimmen, eine sichere, gute Mehrheit. Das Zentrum mit 28 Mandaten und die Sozialdemokratie mit deren 16 können sich nicht den Luxus erlauben, einfach davonzulassen, die Flucht zu ergreifen, wenn ihnen etwas gegen den Strich weht. Sie tragen nun die Verantwortung gegenüber dem Lande und dem Volke. Experimente sind nun genug angestellt worden. Wir halten es für dringend nötig, daß nunmehr die Verhandlungen mit aller Beschleunigung zu Ende geführt werden, sobald die se Woche nach der Landtag zur Wahl der Regierung zusammengerufen werden kann. Gewiß, die Basis der Regierung wäre eine kleine und schmale, aber arbeiten läßt sich auf ihr und dieser Zustand braucht ja auch nicht von Dauer zu sein. Besser ist aber u. E. eine schmale, aber immer noch tragfähige Basis, wie ein längerer Weiterbestehen des gegenwärtigen unsicheren Zustandes, der sicherlich dem Ansehene des Landes nicht dienlich ist.

Kaum haben sich die Demokraten von den Verhandlungen ausgeschlossen, beginnt auch in ihrer Presse bereits das Käsejäten und Kombiniere. Die „Neue Badische Landeszeitung“ weiß heute früh zu melden, daß nun das Zentrum aufkommen mit der Sozialdemokratie die neue Regierung bilden werden. Die bisherigen Minister dieser Parteien würden in ihren Ämtern bleiben; zum Unterrichtsminister sei der bisherige Minister Tr u n t ausersuchen, der neben dem Unterrichtsministerium das Justizministerium beibehalten werde. Außerdem verlautet, daß die Sozialdemokratie dem Zentrum außer dem Unterrichtsministerium das badernde Staatspräsidium für Herrn K ö h l e r konsolidiert habe.

Wenn die Demokraten in den Verhandlungen dieselbe blühende Phantasie entwickelt haben, wie sie heute früh ihr Mannheimer Parteiblatt, dessen Chefredakteur bekanntlich Landtagsabgeordneter ist, entwickelt, dann ist uns das Scheitern der Verhandlungen fast verständlich. Was das Mannheimer Demokratienblatt berichtet, sind haltlose Kombinationen. Die sozialdemokratische Fraktion sagte Montag abend, das Zentrum tritt heute, Dienstag, früh, auf. Trendweiche Beschlüsse sind also zur Stunde noch nicht gefaßt. — Es sei schließlich noch festzustellen, daß die „Neue Badische Landeszeitung“ ebenfalls das Wort des „Heidelberger Tagblatts“ vom „unmittelsamen Verhältnis“ der bisherigen Koalition zitiert, aber mit keiner Silbe diese niederträchtige Beschimpfung zurückweist. Soll das tief drücken lassen?

* **Willingen.** Ein lustiges Stückchen berichtet das „Willingener Volksblatt“ aus H o r b i. W., wo sich bei einer Kund der Witwe W r a n d l e die Halskette löste. Da die Kette offen stand, ging die Kund den Ausgang eine kurze Strecke hinauf, da das Wohnzimmer ebenfalls offenstand, in das Wohnzimmers. Der auf dem Tisch stehende Zwiebelkuchen und ein Laib Weißbrot seien extra für sie gewoben worden zu sein, darum verzehrte sie es mit dem größten Behagen. Nach beendetem Nachtstrecke lie den Kopf zum Fenster hinaus und begrüßte die vom Feld heimkehrenden Hausbewohner, demütlich kauend und bedächtig brummend auf dem Zimmerboden liegend.

* **Wonnweiler.** Ein kaiserlicher Pfarrerherz. Von Herrn Pfarrer D i s c h i n g e r erhalten wir auf den Artikel, den wir letzte Woche brachten, folgende Zuschrift: In dem

Büchlein, das in Wonnweiler für das allgem. Gebet benützt wird, ist die Stelle „für das Kaiserl. und Großherzogl. Haus“ nicht gestrichen. So ist es gekommen, daß beim Beten diese Stelle — ungewollt — mitunterlaufen ist. Gleich nachher wurde die Stelle gestrichen, um nicht wieder dieses Versehen zu begehen. Das ist das ganze Verbrechen. Seit Jahren betete der Unterzeichnete in der früheren Pfarrei das allgem. Gebet, ohne daß ihm dieses Versehen passierte, weil im dortigen Büchlein die Stelle gestrichen ist. — Als kaiserlicher Pfarrerherz fühlt sich der Unterzeichnete nicht; er meint weder der kaiserlichen noch großherzoglichen Regierung eine Träne nach. Die übrigen Ausführungen von „monarchistischen Bemerkungen in der Predigt“ sind rein aus der Luft gegriffen. Hätte der Kritiker vorher sich mit dem Unterfertigten ins Benehmen gesetzt, so hätte er die Tinte und die Abfuhr sich ersparen können.

* **Sinsheim.** Der Verkehrsverband für den Enzgau trat kürzlich unter dem Vorsitz von Regierungsrat F r i e d (Sinsheim) im Rathausaal zu Rappnau zu einer Besprechung zusammen, bei der die badischen Städte Eppingen, Sinsheim und Weiskirchen, aus Württemberg: Heilbronn, Wimpfen, sowie die Handelstammer Heilbronn vertreten waren. Zunächst wurde über eine Verbesserung im letzten Fahrplan berichtet, über Verschlechterungen hingegen war zur Klage Grund vorhanden. Es handelt sich vor allem um bessere Verbindungen zwischen E p p i n g e n und S i n s h e i m. Weiter fordern die Orte an der Strecke Medesheim—Redards einen späteren Zug ab Heidelberg und die Wiedereröffnung des Zuges 463, der bis Laßlarshausen geführt werden soll.

* **Wahlholz (Glat).** Begehrte Lehrerstellen. Sehr begehrt sind meistens die Lehrstellen in Ortschaften, die nicht allzu weit von Freiburg entfernt liegen. Für die diesjährige neuerschaffene Hauptlehrerstelle haben sich über 60 Bewerber gemeldet. Sicher eine stattliche Zahl, obwohl sie weit hinter Krossingen zurückbleibt, wo sich kürzlich 113 Bewerber um eine freigewordene Stelle bewarben.

* **Freiburg.** Auch ein Zeitungsaränder. Eine außerordentliche Zeitungsaränderung macht hier viel von sich reden. Eines der bestbesetzten Mitglieder des Stadttheaters, der Schauspieler H i m m i g h o f f e n, kam auf den Einfall, einen Freiburger Theater, Konzert- und Kino-Anzeiger herauszugeben und für das neue Blatt Inserate sammeln zu lassen. Auch Inserate von Unternehmungen, die mehr oder weniger in einem konkurrenzenden Verhältnis zum Stadttheater stehen. Auf eine Beschwerde des bürgerlichen Vereins der süddeutschen Zeitungsverleger beim Stadtrat griff der Theateraussschuß ein, indem er das Unternehmen mißbilligte und Himmighoffen ersuchte, die Herausgabe des Anzeigers zu unterlassen. Aber so schnell gibt der geschäftstüchtige Schauspieler das „Spiel“ in diesem Falle nicht verloren. Um die Neuaränderung zu retten, hat er das Verlagsrecht des neuerschaffenen Anzeigers an seine Frau übertragen. Man sieht in Freiburg der weiteren Entwicklung der Dinge in dieser Angelegenheit mit einiger Spannung entgegen.

* **Prüfung im Hufbeschlag.** Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Hufbeschlag finden am Freitag, 1. Dezember, vormittags 8 Uhr, in der Hufbeschlagschule in Freiburg; am Montag, 21. Dez., vorm. 8 Uhr, in der Hufbeschlagschule in Karlsruhe und am Dienstag, 22. Dez., vorm. 9 Uhr, in der Hufbeschlagschule in Mannheim statt.

* **Konsularische Vertretung Guatemalas.** Zum Honorarkonsul der Republik Guatemala in Freiburg wurde Otto R u s c h e ernannt, und zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen zugelassen.

Eine Familientragödie in Donaueschingen

Id. Donaueschingen, 23. Nov. Heute morgen 1/2 9 Uhr kam das Dienstmädchen des Oberstleutnant a. D. H e n n i g a auf die Postkammer gefahren und veranlaßt, daß man sofort in der Wohnung der Familie H e n n i g a Nachschau halten sollte, weil das ganze Haus nach Pulver rieche. Die Feststellung ergab, daß H e n n i g a, seine Frau, die 27jährige Sekretärin H e r m a n n von hier und der Sohn J ü r g e n erschossen aufgefunden wurden. Der Sohn gab noch schwache Lebenszeichen von sich; es ist jedoch nicht zu erwarten, daß er die Tat überlebt. Auf Grund eines hinterlassenen Zettels vermutet man, daß der Sohn H e n n i g a, J ü r g e n, die Tat in einem Anfall von R e v e n s a u f a m m e n b r u c h begangen hat.

Aus der Stadt Durlach

Kadunfall. In der Nacht von Samstag zum Sonntag ließ ein verheirateter Maurer aus Gröbningen bei der Heimfahrt von Karlsruhe einen ledigen Hilfsarbeiter von Gröbningen auf sein Kad hinten aufsteigen. Beim Rintbeimer Weg H ü r t z e n b e i d e mit dem Kad. Der Hilfsarbeiter erlitt einige Kopfverletzungen, konnte aber nach Anlegung eines Verbandes nach Hause gehen, während der Maurer mit einer schweren Gehirnerschütterung ins östliche Krankenhaus verbracht werden mußte.

Jugend und Sport

Von der Zentralkommission

Die neue Großmacht!

Film der 1. Arbeiter-Olympiade 1925 in Frankfurt a. M.

Nach längeren Verhandlungen mit der Bad. Tischspielgesellschaft ist es nunmehr gelungen, den Film der 1. Arbeiter-Olympiade 1925 in Karlsruhe zur Aufführung zu bringen. Der Film läuft in der Zeit vom 10. bis 15. Dezember im Stadt-Konzertsaal in Karlsruhe.

Um die Aufführung überhaupt zu ermöglichen, waren verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden. Aus diesem Grunde heraus findet für alle in der Arbeiter-Turn-, Sport-, Jugend- und Kulturbewegung tätigen Genossen am Sonntag, 29. Nov., vormittags 10 Uhr in Karlsruhe, Gambriusshalle, Rudwigsplatz, eine außerordentliche Bezirkskonferenz des Bezirks Karlsruhe der Zentralkommission für Körperkultur und Jugendpflege statt. Wir erwarten, daß alle Funktionäre der Vereine, Gruppen, Bezirks-, Gau- und Kreisverbände, die im mittelbadischen Bezirk amtierend, auf dieser Konferenz reiflos vertreten sind. Als einziger Tagesordnungspunkt ist die Aufführung des Olympiafilms zu verzeichnen.

Wir bitten, jetzt schon für eine Agitation für den Filmbesuch besorgt zu sein, und erwarten besonders von den Vereinsvertretern, daß sie auf der Konferenz bereits die Teilnehmern zahlen mitteilen und die Eintrittsarten in Empfang nehmen. Der Eintrittspreis beträgt — 80 M und 1.20 M. Der Sonntag, 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, ist für die auswärtigen Vereine vorbehalten.

Der Schmud des Heimes. Porzellan, Kristall, Marmor, Steinart wird gerne mit Perfil gereinigt, weil die Perfil lauge den Stellen ein glänzendes, gepflegtes Aussehen gibt und gleichzeitig den Vorteil hat, Säurekeime, wie sie leicht an Küchengeschirren sich bilden, sicher abzulösen.

Kleine badische Chronik

* **Mannheim.** Freitag früh gegen 4 Uhr gerieten die in einer Brikettkammer befindlichen Kohlen in der Oberbeim- aus der Trommel herausfliegenden Blammen entzündeten ein Holzstapel. Die Feuerungen mußten bei der Verlöpfung des Brandes gelöscht und die Trommel entleert werden. Infolgedessen liegt der Betrieb vorläufig still.

* **Schriesheim.** Im hiesigen Gemeindevand wurde am 19. November der 61. Jahre alte Ziegelfabrikant Julius V o l l vom Weinheim erkängt aufgefunden. Die Tat muß vor einigen Wochen erfolgt sein, da die Leiche stark in Verwesung übergegangen war.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Reichskonferenz der Landesstellen

Am 14. und 15. November hielt die Zentralkommission der Arbeiterjugend und Arbeiter-Sport in Leipzig eine Konferenz der Landesstellen ab. Alle Länder außer Württemberg waren vertreten, ebenso sämtliche preussische Provinzen. Nach einem einleitenden Vortrag des Geschäftsführers Bildung kamen sämtliche Teilnehmer zum Wort und dabei ergab sich ein sehr mannigfaltiges Bild der bestehenden Einflüsse auf den Lebensbereich im allgemeinen und dem Arbeiter-Sport im besonderen. Mit Ausnahme von Bayern haben alle Länder mehr oder weniger den hohen Wert der körperlichen Erziehung erkannt. Preußen, über dessen besondere Methode der Förderung der Jugendpflege der Leiter des Reichsverbandes in Bannleben, Genosse Danlowitz, berichtete, hat sein noch aus dem Jahre 1911 stammendes System nach der Staatsumwälzung beibehalten.

Nicht Erreichtes konnten die Vertreter aus Sachsen, Baden, Hessen, Anhalt, Lippe und den hanseatischen Freistaaten berichten. In diesen Ländern zeigt man für die Arbeiter-Sportbewegung viel Verständnis, und man hat sich dem sonst üblichen überaus bürokratischen Freizügigen verstanden. Ein auf gegenseitiges Vertrauen gegründetes Zusammenarbeiten der Behörden mit den die Bewegung umschließenden Verbänden hat sich in den genannten Ländern als sehr vorteilhaft erwiesen. Wenig Erreichtes konnte der Vertreter Bayerns berichten. In diesem Lande der monarchistischen Restauration behandelt man die Arbeiterjugend als den inneren Feind und sucht ihren kulturellen Aufstieg in der heimlichsten Weise zu verhindern, was besonders auf dem Wege über Schulverbote zu erreichen versucht wird.

Wichtig wurde darüber gesagt, daß die Arbeitervertreter in den geschlossenen Körperschaften nicht das notwendige Verständnis für die Arbeiter-Sportbewegung aufbringen. Dagegen wurden Klagen über mangelndes Entgegenkommen der Polizei nicht mehr erhoben.

Einen breiten Raum in der Aussprache nahm die Lösung des sehr schwierigen Finanzierungsproblems ein. Beschlossen wurde: „Soweit die Landesstellen Befähigten in den Behörden erlangen, sind sie berechnigt, von den Ortsstellen und den nicht kartellierten Vereinen Beiträge zu erheben. Wo die Polizei, Gasse und Bezirk der Verbände sich mit den Landesstellen decken, kann der Beitrag von diesen erhoben werden.“

Am zweiten Verhandlungstage wurden Organisationsfragen besprochen. Die Ortsstellen sollen die Vereine, deren Verbände nicht der Zentralkommission angeschlossen sind, in ihren Abteilungen zusammenfassen. Die verschiedenen Abteilungen werden dann zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. In kleineren Orten soll an dem bisherigen Zustand jedoch nichts geändert werden. Weiter wurde beschlossen, daß

Vereine und Ortsgruppen, die sich von den Zentralverbänden abgespalten haben, vom 1. Januar 1926 ab in keinem Falle den Ortsstellen mehr angehören dürfen.

Als abgesplittete Verbände sind im besonderen anzusehen: die außerhalb des Touristenvereins, die Naturfreunde, die Wandergruppen, der Proletarische Gewerkschaftsverband, die Arbeiter-Sport-Beitragung, die „Deutsche Arbeiter-Sport-Beitragung“ soll vierzehntägig erscheinen und wieder zu einem wirklichen Kartellorgan umgewandelt werden. Die Vereine sind verpflichtet, das Blatt für ihre Kartelldelegierten zu bezahlen.

Die Beschlüsse der Internationale wurden aufgegeben, das Ergebnis der Olympiade nur Kenntnis genommen. Die Verhandlungen wurden am Sonntag nachmittags durch die Präsentation des Films „Die neue Großmacht“ unterbrochen. Dieser Olympiadefilm fand den lebhaftesten Beifall aller Teilnehmer.

Die Reichskonferenz soll künftig jährlich im November stattfinden. Nachmittags 5 Uhr fanden die von prächtigem Gelächern getragenen Verhandlungen ihr Ende. 3. D. A. Sp.

Die Sport-Internationale in Paris

Die wirkliche „Größe“ der kommunistischen A.S.J. Einigung für jetzt unmöglich

Der Internationale Kongress der Luzerner Sport-Internationale sollte auf seiner Pariser Tagung sich in der Hauptaufgabe organisatorischen Angelegenheiten befassen. Die große Wende der Olympiade hatte jedoch Aufgaben senkrecht gestellt. Wenn dennoch der Kongress zu einer Auseinandersetzung mit der Kommunisten führte, so ist das allein den letzteren zu danken. Die sogenannte A.S.J. Sport-Internationale scheint es sehr notwendig zu haben, sich durch eine Einigung mit der von ihr so hart bekämpften Luzerner Sport-Internationale eine neue Basis zu schaffen. Der Kongress war wohlwollend gegenüber einem Vertreter der A.S.J. das Wort zu geben, um aus dem Munde zu hören, was denn Moskau eigentlich zu verhandeln habe. Als Vertreter war der Berliner Fritz Reubner, damals Domann der Berliner kommunistischen Jugend, jetzt sozialistischer Sekretär der A.S.J. Sport-Internationale in Paris, erschienen. Was er zu sagen hatte, war allerdings nicht interessant. Sorgfältig vermied er es, auf die Streitfrage einzugehen. Ganz ausdrücklich lebte er eine Erklärung ab, sich nicht mit dem Hinweis darauf ab, daß es nicht um die Sportbewegung in Ausland wübe er nur wenig mitzuteilen. Und nicht er, sondern nur einzelne Gruppen bei den verschiedenen Sportbehörden, in den Fabriken usw. Den Hauptwiderspruch der russischen Bewegung bilden die Kadets der Arbeiterjugend, die die Moskauer Internationale einen schiefen und einen norwegischen Verband. Der letztere ist mit Moskau noch im bürokratischen Fahrwasser und nicht mit Moskau seit der Spaltung der norwegischen kommunistischen Partei nur noch recht lose zusammen. Seine Mitgliederzahl ist auf etwa 1000 zu schätzen, während von Moskau her, der durch eine Spaltung im Jahre 1921 entstandenen, hat gegenwärtig etwa 80 000 Gesamtangehörige, von denen der größte Teil aus Kindern besteht. In allen anderen Ländern, die angeblich zur Moskauer Internationale zählen, haben sich nicht einmal Anfänge einer politischen Bewegung. Der anschließenden Debatte wurden dem Vertreter Moskaus manche bittere Wahrheiten gesagt. Besonders die Hauptursachen aus Finnland und Lettland konnten von manchen Moskauern berichtet werden die Grundzüge der Arbeiter-Sportbewegung durch Ausland berichten. Wie weit Ausland in der

Tat der bürokratischen Sportbewegung entgegenkommt, zeigt ja auch das gegenwärtig stattfindende internationale Schachturnier in Moskau, bei dem alle Kapazitäten des bürokratischen Schachs ausgefüllt sind. Dem Vertreter Moskaus schien es wenig wohl zu sein bei der Häufung von Material, das die sehr sachlich geführte Debatte aufzuteilen förderte. Deutschland, das die Debatte beschloß, sagte den Russen, daß alles Gerede zwecklos sei, solange die Moskauer Internationale die Arbeiter-Sportbewegung, mit der sich zu vereinigen sie so heiß ersehnte, befehle. Wenn die Kommunisten es nur fertig brächten, einmal drei Monate lang die Schachturniere einzustellen, würde die ganze Frage sich von selbst erledigen.

Die zu diesem Punkte vorkommenden Entschärfungen der Landesorganisationen sah das Internationale Bureau wie folgt zusammen:

Es ist gestattet, in Ländern, in denen kein Verband der Luzerner Sport-Internationale besteht, sporadische Wettkämpfe unter folgenden Bedingungen auszusagen:

1. Die Wettkämpfe müssen von Verband zu Verband festgelegt, die Mannschaften und deren Reisebegleiter von den Verbänden ausgewählt werden.

2. Die Mannschaften sind ausschließlich Gäste des veranstaltenden Verbandes. Sie haben sich offiziell aller politischen und politischen Kundgebungen, sowie des offiziellen Verkehrs mit den politischen Parteien zu enthalten, soweit dies nicht durch die beiden nationalen Verbände vereinbart worden ist.

3. Mit den Verbänden, die sich von der Luzerner Sport-Internationale abgespalten haben, sind Wettkämpfe nicht gestattet.

Der Kongress hält eine Einigung mit der A.S.J. Sport-Internationale zurzeit für unmöglich. Sollte sich aus der sportlichen Zusammenarbeit später die Möglichkeit einer Vereinigung ergeben, so kann diese nur ein neuer Kongress der Luzerner Sport-Internationale beschließen.

Danach ist es den Verbänden der Luzerner Sport-Internationale gestattet, mit allen Arbeitervereinen in den Ländern, wo ein Verband der Luzerner Sport-Internationale noch nicht besteht, sporadische Wettkämpfe auszusagen. Ins Auge gefaßt sind hierbei neben Rußland, Ungarn, die skandinavischen Länder, Holland. Die bisherigen Bestimmungen verbieten ein solches sportliches Zusammenarbeiten, solange diese Arbeitervereine noch — wenn auch notgedrungen — den bürokratischen Verbänden ihres Landes angehören. Dieser Fortschritt ist sehr zu begrüßen, weil damit erst die Möglichkeit gegeben wird, in jenen Ländern Fuß zu fassen.

Der Kongress hat das Band, das alle in der Luzerner Sport-Internationale vereinigten Länder umschließt, fester geknüpft, und er hat weiter die Bahn geebnet für die Ausbreitung unserer Bewegung über die ganze Erde.

Turnen und Sport

Wassersport

Am Sonntag, 22. Nov., fand in Karlsruhe ein Schwimmlehrtag der 10. Reichs- und 7. Bezirk der Arbeiter-Turn- und Sportverbände statt. Der Besuch war sehr gut, indem sämtliche Vereine mit 30 Teilnehmern vertreten waren. Sportgenosse Holz-Medardus vertrat es in vortrefflicher Weise, die Kurpfälzer mit der fürstlichen Gymnastik, Massage und Frotteierübungen, Atemgymnastik und allgemeine Körperpflege vertraut zu machen.

Ueber Trodenübungen, Rettungsschwimmen und die einzelnen Schwimmarten referierten die Genossen Schaubel-Mannheim und Herz-Förstlein. Die Teilnehmer folgten mit großem Interesse den lehrreichen Vorträgen und Vorführungen und beteiligten sich an den vorbereitenden Atemübungen mit Lust und Liebe. Nachmittags fanden im Städt. Friedrichshof die praktischen Übungen statt. Es wurden gelehrt: sämtliche Schwimmarten, Rettungsschwimmen, Tauchen, Wasserballspiele, Reigenführung und Wasserspiele, jedoch auch hier die Kurpfälzer manche Anregung für den Regenerbetrieb innerhalb ihrer Vereine mit nach Hause nehmen. Der Referent hat gesagt, daß es unbedingt nötig ist, jährlich eine derartige Veranstaltung stattfinden zu lassen, damit die jungen Regenerführer und Funktionäre der Vereine sich in theoretischer und praktischer Art weiter ausbilden können zum Nutzen unserer Bewegung. Zu bedauern war, daß von seiten der Turn- und Fußballvereine keine Meldungen abgaben wurden.

Naturfreunde

Wintersportabteilung Karlsruhe

Der Trodenkurs ist in vollen Betrieb und hat unseren Entwürfen bereits beste Stunden gebracht. Mit einem lehrreichen Freuen erwarten sie die ersten weißen Kloden; die ihnen Gelegenheit bieten werden, ihre „Gesellenprüfung“ oder wollen wir doch lieber sagen „Lehrungsprüfung“ zu bestehen. Wir appellieren heute auch an jene, die uns fernsehen, denen der Winter Unbequem und Schaudern einflößt: Kommt zu uns heraus, treibt Wintersport! Wenn ihr erst mal die Schönheiten einer mächtigen Winternacht aufgenommen habt, wird es schwerlich sein, wieder von einem derart geliebten, stärkenden Sport zu scheiden. Um der „Kraftmeierei“ willen wollen wir Naturfreunde nicht hinausziehen, sondern für uns Arbeiterportler ist der Skisport ein Mittel zum Zweck. Um aber die Natur Schönheiten beschauen und genießen zu können, bedürfen wir der Technik, d. h. der Beherrschung des Ski. Ohne genügende Schulung im Schneefußlauf werden wir nie die Befriedigung finden, die uns der Schwarzwald in seinen Höhenjahren in taufendfältiger Weise zu bieten vermag. Deshalb ist die Lösung eines jeden Arbeiterportlers: hinein in die Wintersportabteilung des Touristenvereins, die Naturfreunde.

Die Abteilung bietet außer der wintertypischen Gesellschaft, an Forträgen, Veranstaltungen ihren Mitgliedern nur Bestes. Trotzdem bereits zahlreiche Wintersportler mit „Brettern“ versehen wurden, haben wir noch einige gute Paar Ski zu billigen Preisen abzugeben, die unseren Genossen zu erschwermäßigem Gelde erlassen werden.

Von seiten der Leitung sind bereits Anordnungen für Schneefortfahren getroffen worden. Die Wanderungen der Anfänger und Fortgeschrittenen werden in Zukunft, zunächst getrennt geführt und sind im Wanderplan gefordert zu finden. Die für den betreffenden Sonntag dann stattfindende Wanderung wird am Freitag im Lokal und am Samstag im Vereinsanzeiger bekannt gemacht. Am Freitag des

„Friedrichshof“ sind neben den Schneebereitungen am Samstag auch die jeweilige Tour zu finden. Für den 3. Bezirk findet ein Propagandaabend im Rabenerhöfchen statt, Ende Januar, Anfang Februar. Während der Fahrt der Fortschrittenen finden Übungen im Stil- und Hindernislauf sowie Fortbildung im technischen Lauf statt. Für die Weihnachtsfeiertage sind verschiedene Wanderungen geplant u. a. Feldberg und mittlerer Schwarzwald (Brenn). Wer sich hieran beteiligen will, muß sich, um die nötigen Quartiere sicher zu stellen, bei der Leitung der Sektion anmelden. Es liegt an dem Willen eines jeden Einzelnen, die Fahrt zu gestalten, daß dem Ganzen ein klares Bild über die Arbeit der Arbeiterportler hinterlassen wird. Auch dies ist Zweck der freien Sportbewegung, den Individuellen und Genossen zu zeigen, daß der Samen der Naturfreundebewegung auf guten Boden gefallen ist, der in vielfältiger Art seine Früchte setzt. So werden wir in diesem Schaffen darauf hinwirken, die Karlsruhe Wintersportsektion der Naturfreunde zu einem bedeutenden Faktor innerhalb der Wintersporttreibenden Vereine zu gestalten.

Verschiedenes

Deutsche Turnerschaft und Nationalhymne

Wir haben vor kurzem eine Notiz veröffentlicht, wonach Angehörige der Deutschen Turnerschaft bei einem Turnfest in Genf von der Musik des Spiels von „Heil Dir im Siegertranz“ als deutsche Nationalhymne verlangt haben. In der Angelegenheit nimmt nun der bekannte Führer der Deutschen Turnerschaft, Herr Dr. Berger, in Nr. 44 der „Bad. Turnzeitung“ Stellung. Seine Rechtfertigung ist aber ebenso klar, wie das Verhalten der Deutschen Turner in Genf in dieser Sache. Er glaubt mit dem Hinweis, wie es früher in der monarchistischen Zeit zugegangen hat, wo „Heil Dir im Siegertranz“ und die „Macht am Rhein“ die teuersten Lieder der Deutschen waren, die Sache aus der Welt zu schaffen. Nun leben wir aber in Deutschland nicht mehr in der Monarchie — so groß die Sehnsucht des Dr. Berger nach derselben ist — sondern in der Republik und diese hat ihre Nationalhymne und zwar das Lied von Hoffmann von Fallersleben „Deutschland, Deutschland über alles“. Und nur dies kann als Nationalhymne in Betracht kommen und nicht „Heil Dir im Siegertranz“. Der Fall beweist wieder, wie sehr politischer Geist in führenden Köpfen der Deutschen Turnerschaft herrscht.

Jugendbewegung

Tat und Gedanke

(Aus einer Rede von Jean Saurès.)

„O nein, ich verlange von den Jungen nicht, daß sie der Mode wegen zu uns kommen. Diejenigen, die die Mode ausgetragen hat, sind uns auch von der Mode wieder genommen worden. Sie möge sie behalten. Sie werden mit ihr alt werden. Ich richte mich an alle diejenigen, die ihr noch so kurzes Leben ernst nehmen; ich frage sie: „Was werdet ihr mit euren 20 Jahren anfangen? Was werdet ihr mit euren Herzen tun? Was mit euren Hirnen?“

Man sagt euch — das ist heutzutage der Schrei —: „Es sind Taten nötig! Doch was ist die Tat ohne den Gedanken? Sie ist die Brutalität geistlosen Fleisches. Man sagt euch: Haltet euch fern von jener Partei des Friedens; sie schwächt den Mut. Doch wir, wir sagen, daß heute das Einfließen für den Frieden der größte Kampf ist: Kampf, in dem anderen und in uns selbst die Bestrebungen der Brutalität und das überspannte Anstreben nach dem Übermenschen auszubringen; Kampf, die Gefahr der niederträchtigen Kräfte der Barbarei zu überwinden, die mit einer unerhörten Zuverlässigkeit vorgehen, die Hüter der Zivilisation zu sein. Nur in der Partei der Gerechtigkeit lebt die Tat, nur in ihr der Gedanke. Haltet euch vor denen, die euch vor dem warnen, was sie Systeme nennen und die euch unter dem Namen der Philologie des Instinkts oder der Intuition anraten, der menschlichen Intelligenz zu entsagen.“

Ich sage euch, daß „Intuition“ nichts bedeutet, wenn sie etwas anderes ist als schnelle und messerhafte Auffindung bisher ungeordneter Zusammenhänge zwischen getrennt aufgestellten Erscheinungen. Es war durch Aufdecken von solchen Zusammenhängen, durch eine intuitive Analogie: nicht durch Instinkt und Zufall und Gefühl, sondern durch Gedankenarbeit, daß Newton das System der Welt gefunden hat; daß Lamarck das Gesetz der unterirdischen Entwicklung vorausgesehen hat; daß Claude Bernard mit verschiedenen Hypothesen in ausdauerndem Bemühen die Domäne der Physiologie der Lebewesen durchdrungen hat.

Um die Menschen zu führen, bedarf es des Lichtes der Idee — und das Licht der Idee leuchtet nur in den Parteien, die, wie die sozialistische, die Wirklichkeit systematisieren und ihre Gesetze auffinden. Fürchtet nicht, daß wir euch in irgendwelche mittelmäßige, zusammenhanglose Lehre verstricken werden. Immer, immer ist die Gesellschaftslehre mit den allgemeinen philosophischen Lehren eng verbunden gewesen. Saint-Simon, Fourier, Marx, Engels, alle haben sie erkannt, daß die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Drama der Weltentwicklung in Zusammenhang stehen. Mit dem Sozialismus geht ihr daran, zur Wahrheit, zur Wirklichkeit, zur Gerechtigkeit, zur beherzigenden Harmonie, zur erhabenen Schönheit des Einfachen freier Willen voranzutreten; ihr unterneht nach diesem bewundernswerten Ideal eine Wanderung, die die weltliche, die mühseligste ist; diejenige, die keine andere Wanderung im Gebiete der Tat oder des Gedankens weiter führen kann; diejenige, die nach dem Ausdruck eines großen griechischen Poeten „euch tragen wird an das Ende der Stürme und der Finsternis.“

(Deutsch von P. Plotke. Nach „Pages Choësies“, S. Nieder et Cie., edit., Paris.)

Beranstaltungen der Arbeiterjugend

Dursach, 1. Gruppe: Mittwoch, 25. Nov., punkt 8 Uhr, Körperübungen. Donnerstag, 26. Nov., Arbeitsgemeinschaft. Sonntag, 29. Nov., Wanderung, Näheres Donnerstag. — 2. Gruppe: Dienstag, 24. Nov., Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch, 25. Nov., punkt 9 Uhr, Körperübungen.

Der Beirat des hiesigen Jugendamts

An Stelle des auf seinen Antrag ausgeschiedenen Hauptlehrers Meyer in Weinaarten wurde der Geschäftsführer der sozialistischen Arbeiterjugend Wabens, Walter Düjeda in Mannheim, zum stellvertretenden Mitglied des Beirats des Landesjugendamts ernannt.

Enorm billig

Kleider-Stoffe	
Hauskleiderstoffe, doppelbreit, solide Ware	Mtr. 1.65
Cheviot, reine Wolle, doppelbreit, für Schulkleider schwarz, marine und solide Farben	Mtr. 1.75
Schotten u. Streifen, reine Wolle in mod. Mustern	Mtr. 2.75
Mantelhausch, ca. 140 cm breit, reine Wolle	Mtr. 4.75
Herrenstoffe, reine Wolle, ca. 140 cm breit la Sirapazierware, Restposten	Mtr. 8.75
Seiden-Stoffe	
Messaline, reine Seide, ca. 42 cm breit, in schönen leichten Farben für Handarbeitszwecke	Mtr. 2.90
Waschseide, doppelbreit, in großer Auswahl für Kleider und Wäsche	Mtr. 3.50
Crepede chine, reine Seide, ca. 100 cm breit in reichem Farbsortiment	Mtr. 9.80 8.50 6.75
Körper Velvet, in bester Ware, schwarz ca. 90 cm breit 9.50, ca. 70 cm breit Mtr.	5.90
Körper Velvet, ca. 70 cm br. aparte Schotten f. Kleider	Mtr. 8.50
Taschenflücher	
Kindertücher m. bt. Feston u. Kordelecke 1/4 Dtz. 0.80 0.40	
Kindertücher m. bunten Märchenbildern	1/4 Dtz. 0.78
Hohlsaumtuch für Damen, weiß	1/4 Dtz. 1.95 1.60 1.35
Batisttuch f. Damen, m. gestickter Ecke 1/2 Dtz. 1.70 1.50 1.10	
Herrentuch, Linon weiß	1/2 Dtz. 1.70 1.40 1.10
Herrenzeifertuch	1/2 Dtz. 1.95 1.70 1.35
Handschuhe	
Damen-Handschuhe mit warmem Halbflütel	95 J
Damen-Handschuhe ganz warm gefüttert	1.75
Damen-Nappa warm gefüttert	6.75
Herren-Handschuhe mit angerautem Futter	95 J
Herren-Nappa warm gefüttert	6.75
Lederwaren	
Schulranzen für Mädchen und Knaben, aus gutem Segeltuch u. mit Kunstled. 4.55, 4.90	2.95
Schulranzen für Mädchen und Knaben, aus kräftigem Rindsplattleder	6.25
Schulranzen für Mädchen und Knaben, aus Vollrindleder	10.25

Strumpfwaren	
Damenstrümpfe, Seidenflor, Doppelsohle, Hochferse	1.50 95 J
Damenstrümpfe, Seidengriff, Doppelsohle, Hochferse	1.85 75 J
Damenstrümpfe, Reine Wolle, gewebt	2.25 2.25
Damenstrümpfe, Deutsche waschb. Seide, best. Qual.	3.50 3.50
Herren-Socken, Wolle plattiert, gestrickt	75 J
Herren-Socken, Jacquardmuster	1.20
Herren-Socken, Reine Wolle, gewebt	1.75
Herren-Socken, Reine Wolle, regulär gestrickt	1.75
Trikotagen	
Herren-Hemden u. Unterhosen, wollgemischt	1.75
Herren-Hosen, gut wollhaltig	3.50 2.90
Herren-Futter-Hosen	4.25 3.75
Herren-Einsatz-Hemden mit schönen Rippenstrichen	1.95
Damen-Hemdosen, fein gestrickt	1.20
Damen-Hemdosen, echt Mako, Wundelchuh	3.75 2.90
Damen-Untertailen, gut wollhaltig, 1/2 Ann	1.95
Damen-Reformhosen, gut wollhaltig	3.75
Damen-Schlupfhosen m. warm. Futter, schön. Farb.	3.50 2.50
Wollwaren	
Damen- u. Herren-Westen, Reine Wolle, einfarb.	7.50 5.75
Damen- u. Herren-Westen, Reine Wolle, zweifar.	9.75 7.50
Backfisch-Westen, Reine Wolle, farbig gestreift	8.75
Damen-Pullover, Reine Wolle mit Kunstseide	9.75

Modewaren	
Jacken- u. Kleiderkragen kurze und halblange Form aus feim. Rippe u. Beist 95 J	75 J
Kleiderkragen runder Ausschnitt, aus gutem Opal	95 J
Jackenkragen runde Form, in weiß und ecru	2.25 1.75
Spachtelkragen runde Form, in weiß und ecru	1.50
Bubenkragen mit Weste, mod. Kleidergestirn	1.75 1.45
Kasak-Westen mit reicher Spitzenorn. od. Hohlsaum	1.85 1.25
Kasak-Westen in Spachtel oder bunt gestickt	2.90 2.50
Jabots zum Anstecken oder mit Stehkragen	1.95 1.25
Bett-Wäsche	
Kissen 75/80, aus Linon, festnäht	2.65 1.95
Kissen 90/80, mit Einsatz oder Hohlsaum	3.25 2.25
Oberbettuch mit Streifen, ca. 150/250	8.50
Oberbettuch mit Hohlsaum oder Feston	12.50 10.50
Unterbettuch ca. 150/240, Häutuch	5.75
Unterbettuch ca. 150/240, Halbleiten	9.50 7.50
Frotteer-Wäsche	
Frotteer-Handtücher weiß, mit roter Kante	1.35 95 J
Frotteer-Handtücher weiß mit bunt	2.45 1.95
Kinder-Badetücher	80/100 100/100 100/150 2.50 3.50 5.75
Korsetten	
Korsett aus gutem Dreil, mit Halter	3.25 2.95
Hüftgürtel oben Gummi und 1 Paar Halter	3.50 2.90
Hüftgürtel mit Knopfverschluss	2.90 1.75
Strumpfhaltergürtel mit 1 Paar Halter	1.25 75 J
Büstenhalter aus festem Stoff	1.25 65 J
Schreibwaren	
Briefpapier-Kassette, 25/25, Hüllen mit Fantasie-Futter	85 J
Quartblock mit 50 Blatt und 50 Hüllen	50 J
Garnitur, 1 Krepplöcher und 25 Servietten	85 J

TIETZ

Lehrer-Gesangverein
 Samstag, 28. Nov., abends 8 Uhr,
 im großen Saale der Festhalle
Konzert
 zur Feier des 42. Stiftungsfestes.
 Werke von Roger, Schillings, Brahms,
 Bruckner, Brandes, Lendvai, C. M.
 v. Weber.
 Mitwirkung:
Theo Strack vom Bad. Landestheater.
 Musikalische Leitung:
Dr. Heinz Knöll, 1. Kapellmeister am
 Bad. Landestheater.
 Karten zu 2.50 bis 1 Mk. einschl.
 Steuer und Einlassgebühr in der
 Musikalienhandlung Fritz Müller
 und an der Abendkasse. — Zähl-
 karten für Mitglieder werden
 weiter ausgegeben: Donnerstag, den
 25. ds. 5-6 Uhr im Lesezimmer der
 Gartenstrasschule, II. Stock. 6369

COLOSSEUM
 Die
 unentbehrliche
**Kristall-Leserin
 und Hellseherin!**
Sonder-Angebot!
 Große Posten
Schlafdecken
 neueste Dessins
 per Stück 25.-, 20.-, 18.-, 14.-, 12.-, 8.50, 7.-, 6.50 4.80
Große Preismäßigung
 in Damen-Kleiderstoffe, Herren-
 Kleiderstoffe, Velour de laine, Man-
 telstoffe, Ulsterstoffe, Paletotstoffe
 Lagerbesuch für Jedermann lohnend!
Arthur Baer Kaiserstraße
 133
 Eing. Kreuzstraße, gegenüber der kl. Kirche.
 Verkaufsräume nur eine Treppe hoch.

Ich kann mich ausruhen-
 denn ich mach mir die Arbeit leicht. Die
 Schuhe bekomme ich spiegelblank mit
 einigen wenigen Bürstenstrichen. Ich ge-
 brauche eben keine minderwertige Schuh-
 creme, sondern die garantiert
 reine Terpentinöl-Pasta Erdal.
Erdal
 Die Normaldose schwarz 25 Pfg.



Residenz-Lichtspiele Wald-
 straße
Heute! Das gewaltige
 Filmwerk
**Götz von
 Berlichingen**
 Regie:
 Hubert Roost
 ein
 Karlsruher Kind
 Aktuelle Filmbesichterstattung über deutsches Können u. deutschen Geist
 auf dem Gebiete der Flugtechnik — Neueste Trianonwoche.

**Wir alle kaufen unsere
 BERUFSKLEIDUNG
 WEINTRAUB**
 32 KRONENSTR. 32
 TELEF. 3797
**In 30 Minuten
 Ihr Passbild**
 nur im Photogr. Atelier
 Kallertstr. 50, Eing. Adlerstr.
Bettstelle
 mit Kost. Matr. und
 Koffert zu verkaufen.
 Angarierstr. 27, 4. Etod.

Arb. Gesv. Gleichheit
 19 04
 Am Samstag, d. 28.
 ds. Mts., punkt 8 Uhr
 findet im Lokal
 „Schiller“ unsere
 jährliche
 ordentliche
**General-
 versammlung**
 statt, wozu wir unsere
 aktiven und passiven
 Mitglieder freundlichst
 einladen.
 Einträge sind längstens bis 26. November 1925
 schriftlich einzureichen.
 Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
 Der Vorstand.

Vortrag
 Mittwoch, 25. Nov., abends 8 Uhr,
 spricht im Saale der Handelskammer
 Karlstraße 10
Magda Hoppstock-Huth, Hamburg
 über:
**Wie helfen wir an dem wirtschaftlichen
 u. moralisch. Aufbau unseres Vaterlandes**
 Eintritt 50 Pfg. Aussprache!
Internationale Frauenliga f. F. u. F.

Öffentliche Versammlung
 der Arb.-Zug. u. Witwen Deutschlands — Crisp-
 gruppe Karlsruhe — am Dienstag, den 24. Nov.,
 abends 6 Uhr, im Saale des Schrempf'schen Bier-
 cellers, Weierheimer-Allee 6360
 Thema: Die Not der Zug. u. Fürsorge-Menschen
 und das Verhalten der Schwedden.
 Sozial- und Fürsorge-Menschen erscheint in Massen!
 Was die in Betracht kommenden Behörden thun
 freundlichst eingeladen.

Volks-Hochschulkurs.
Rastatt.
 Mittwoch, den 25. Nov., abends
 8 Uhr, im Museumssaal, Herr
 Professor Grobkinsky:
„Aus Rastatts Vergangenheit“
 Eintritt frei. Jedermann willkommen.
 1129
Voranzeige.
 Mittwoch, 2. Dez., 8 Uhr, Museum:
 Herr Prof. Dr. Brauer (Karlsruhe):
 „Grundfragen der Volkswirtschaft.“
 Mittwoch, 9. Dez.: „Ueber Rationali-
 sierung.“ — Mittwoch, 16. Dez.: „Vom
 Sinn des modernen Arbeitsrechts.“

Schafwollenes Strickgarn
 läuft nicht ein, färbt nicht, wieder
 wie früher zu haben bei
Lippmann Drehfuß
 Manufaktur- und Weißwaren
 Kaiserstraße 161 1 Treppe
 6364
 Wir suchen redegewandte, fleißige und re-
 präsentable
Herren- und Damen
 für bornehme und angenehme Reisetätigkeit für Stadt
 und Land, hohe Bequemlichkeit, Dauerhaftigkeit
 durch Verwertung einer Spezialart der auch für's Aus-
 land, Schweiz, Italien und Österreich, keine Ver-
 fälschung, keine Zeitstrafen. Gute Garberode Be-
 dingung. Alter nicht unter 24 Jahre.
 Persönliche Vorstellung erbeten. Dokumente
 mitbringen. 6376
 Büro: Ruppertstraße 28, 1. Et.

Bei Ihren Eintäufen berücksichtigen Sie die Interests dieser Zeitung.